GSP.D-01-144

Kapitel 5: Demokratie stärken

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	BAG Europa
Beschlussdatum:	26.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:
Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – behandelt werden. In dem künftig Mittel aus dem EU-Haushalt auch verstärkt kommunalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen direkt bereitgestellt werden sollen, erkennen wir ihre eigenständige Rolle als politische Akteur*innen in der EU an und stärken sie zugleich.

Begründung

In für uns zentralen Politikfeldern (z.B. Klima- und Umweltschutz, Asyl und Flüchtlingspolitik, Digitalpolitik/smart city) nehmen Kommunen/Städte/Metropolregionen sowie (lokale) zivilgesellschaftliche Akteure eine immer bedeutendere Rolle als eigenständige AkteurInnen im Geflecht der EU ein - und dies auch in rechtspopulistisch regierten EU-Ländern, z.B. Ungarn, Polen.

Aus bündnisgrüner Sicht ist diese Entwicklung wünschenswert und weiter voran zu treiben. So ist die demokratische Selbstwirksamkeit der BürgerInnen hier vor Ort am deutlichsten erfahrbar, allerdings nur sofern es auch wirklich etwas zu gestalten gibt.

Hierfür ist die Bereitstellung direkt verfügbarer EU-Mittel an kommunale und lokalen zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Voraussetzung - gerade auch mit Blick auf die Vision einer Föderalen Europäischen Republik.